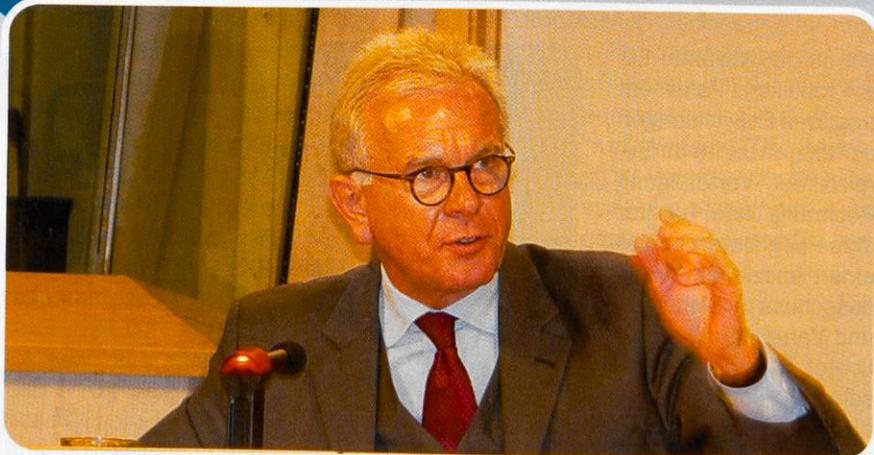


UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 10 · 6. September 2004 · www.cdu-csu-ep.de



Pöttering: Zeitpunkt für Verhandlungen mit Türkei nicht gekommen

Bei seiner ersten Pressekonferenz nach der Sommerpause hat der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering die Einsetzung der neuen Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Chemikalienpolitik, die Währungsstabilität und den Kommissionsbericht über die Türkei als politische Prioritäten der kommenden Monate bezeichnet. Insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechtslage in der Türkei erklärte Pöttering, er halte den Zeitpunkt für die Eröffnung von Verhandlungen nicht für gekommen. In jedem Fall müssten Verhandlungen mit der Türkei „ergebnisoffen“ geführt werden.

Inhalt

Karl von Wogau:
Europäische
Sicherheitspolitik
Seite 2

Michael Gahler:
Sudan
Seite 3

Hans-Gert Pöttering:
Die neue EU-Kommission
Seite 5

Aus der EVP-ED-Fraktion:
kurz & bündig
Seite 7-8

KARL VON WOGAU:

Europäische Sicherheitsstrategie weiter entwickeln

EUROPÄISCHES PARLAMENT RICHTET UNTERAUSSCHUSS FÜR SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK EIN

Das neugewählte Europäische Parlament trägt den Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich der Verteidigung Rechnung und hat für diese Legislaturperiode einen speziellen Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung eingerichtet. Dieser Unterausschuss knüpft an die Tradition der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von 1952 an.

Nach deren Scheitern hat sich die Europäische Union zu einer ausschließlichen Wirtschaftsgemeinschaft entwickelt. Der Wendepunkt im Bewusstsein des Europäischen Parlamentes kam mit dem Massaker von Srebrenica. Damals entstand ein breiter Konsens, dass die Europäische Union die Fähigkeit entwickeln muss, in ihrem geographischen Umfeld friedensstiftende Interventionen durchzuführen.

Die 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben zusammen rund 160 Mrd. Euro pro Jahr für Verteidigung aus. Dies entspricht weniger als 50 % der Militärausgaben der USA. Allerdings wird dieses Geld oft unkoordiniert und ineffizient ausgegeben. Des-



Karl von Wogau MdEP

halb erreichen die Mitgliedsstaaten auch nur 10% der amerikanischen Effizienz. Dies gilt gerade auch für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsforschung. Die Mitgliedstaaten geben hier zusammengefasst ca. 10 Mrd. Euro pro Jahr aus, was lediglich rund 20 % des amerikanischen Niveaus entspricht. Davon ent-

fallen auf die größten Mitgliedstaaten je 2-3 Mrd. Euro. Die Europäische Verteidigungsagentur und die Vorbereitende Aktion der Europäischen Kommission zur Sicherheitsforschung sind Ansätze zu einer sinnvollen Bündelung dieser Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Die erste Aufgabe des Unterausschusses besteht darin, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheitsstrategie zu leisten. Es ist notwendig, die von Solana formulierten und vom Europäischen Rat beschlossenen Ansätze weiterzuentwickeln. Sie stellen eine gute Bedrohungsanalyse dar, sind jedoch noch nicht ausreichend bezüglich der zu beschließenden Maßnahmen. Der näch-

ste Schritt auf diesem Weg sollte ein Weißbuch zur Europäischen Verteidigung sein. Über dieses Thema muss eine breite Diskussion in den Parlamenten der Mitgliedsländer, im Europäischen Parlament und in der Öffentlichkeit geführt werden.

Neben der Sicherheitsstrategie werden in den nächsten Monaten die Europäische Verteidigungsagentur, der Jahresbericht über Waffenexporte, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie verbesserte Methoden zur Minenräumung Themen im Unterausschuss sein. Der Hauptausschuss wird sich intensiv mit der Übernahme der Verantwortung in Bosnien-Herzegowina und mit der weiteren Ent-

wicklung im Sudan beschäftigen müssen. Außerdem wird sich der Ausschuss mit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen beschäftigen, sowie mit verbesserten Methoden zur Minenräumung.

Die Europäische Union entwickelt sich im Umfeld gemeinsamer Projekte. Nach dem Binnenmarkt, dem Euro und der Europäischen Verfassung ist nun die Europäische Verteidigung der abschließende Baustein bei der Verwirklichung der europäischen Einigung.

Dr. Karl von Wogau (CDU Baden-Württemberg) ist Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments.

MICHAEL GAHLER:

Sudan – der Druck der internationalen Gemeinschaft muss zunehmen

EUROPÄISCHES PARLAMENT ENTSENDET DELEGATION
IN DIE KRISENREGION

Die Situation im westsudanesischen Darfur gibt Anlass zur größten Sorge. In Folge von Kämpfen zwischen schwarzafrikanischen Rebellenorganisationen auf der einen – und der sudanesischen Regierung und den mit ihr verbündeten arabischen Milizen auf der anderen Seite kamen seit Februar 2003 mindestens 30000 Menschen ums Leben, über 1 Million wurden vertrieben. Das Ziel der arabischen „Janjaweed“-Milizen scheint die „ethnische Säuberung“ des Gebietes von der schwarzen

Bevölkerung zu sein. In den Flüchtlingskamps an der Grenze zum oder im Tschad leben zur Zeit schätzungsweise 170.000 Vertriebene unter schlimmsten Bedingungen, so dass der Ausbruch von Epidemien vorprogrammiert ist. Die Tatsache, dass nicht nur die ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder Russland und China starke Rohstoffinteressen im Sudan haben, hat jedoch am 30. Juli zu einer Sicherheitsratsresolution geführt, die zwar u.a. die Entwaffnung der Janjaweed-Milizen sei-

Darfur

Fläche
500 000 Quadratkilometer
(so groß wie Spanien)

Einwohner
etwa drei Millionen sesshafte schwarze Bauern (u.a. Stamm der Fur, Darfur = „Haus der Fur“) und meist nomadisierende Araber, der Nordosten ist fast menschenleer

Landwirtschaft
im Norden hauptsächlich Kamel-, Schaf- und Ziegenzucht, im Süden Anbau von Getreide und Obst, zudem wurde Erdöl gefunden

dpa-Grafik 9699

Quelle: CIA



geräumt, diese aber in erster Linie auf den seit der Unabhängigkeit Sudans im Jahre 1955 schwelenden Bürgerkrieg zwischen arabischen Stämmen und solchen afrikanischen Ursprungs zurückgeführt. Es reicht aber nicht mehr aus, fast 50 Jahre nach der Entlassung in die Unabhängigkeit weiterhin vor allem die ehemaligen Kolonialmächte für innersudanesische Konflikte verantwortlich zu machen.

den der sudanesischen Regierung fordert und Gerichtsverfahren für deren Anführer, das Wort „Sanktionen“ wird für den Fall der Nichteinhaltung jedoch nicht ausdrücklich erwähnt. Auch die Einigung zwischen der UN und der sudanesischen Regierung vom 21. August betreffend die Flüchtlingsrückkehr lässt Zweifel hinsichtlich der Erfüllung der anderen Verpflichtungen nicht kleiner werden. Die 30-Tagefrist bis zu einem ersten Bericht des UN-Generalsekretärs zur Umsetzung der Forderungen läuft Ende August ab.

Die Meinungsbildung im Europäischen Parlament geht deswegen eindeutig in Richtung Sanktionen. Bei einer Aussprache des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments über die humanitäre Lage in Darfur waren die Ausführungen des sudanesischen Botschafters während der Ausschussdebatte nicht ganz deckungsgleich mit der öffentlichen Wahrnehmung. So hatte dieser zwar humanitäre Probleme und auch gewalttätige Auseinandersetzungen ein-

geordnetes europäisches Vorgehen nach Ablauf der Frist ist dringend erforderlich, ebenso wie die Notwendigkeit, die Flüchtlingshilfe für den Sudan auf eine sichere finanzielle Basis zu stellen. Die Erklärung des Rates, bis Oktober 260 Millionen Euro an Soforthilfe zur Verfügung zu stellen, ist ein wichtiges Zeichen vor allem für die Hunderttausende von Flüchtlingen, die der Bürgerkrieg im Sudan mittlerweile verursacht hat. Diese humanitäre Hilfe muss aber auch über Oktober hinaus sichergestellt bleiben.

Um sich ein Bild der Lage zu verschaffen, entsendet das Europäische Parlament im September eine Delegation in die Krisenregion. Die Delegation wird ihre Aufmerksamkeit vor allem den humanitären Aspekten widmen, wie dem Zugang der Hilfsorganisationen zu den Krisengebieten und die effiziente Verteilung der Hilfsgüter vor Ort.

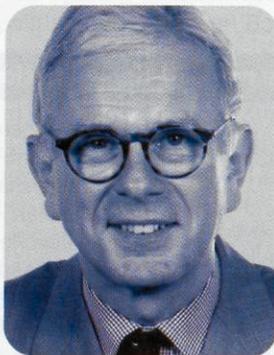
Michael Gahler (CDU Hessen) ist stellv. Vorsitzender des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments.

Pöttering begrüßt Aufgabenaufteilung der künftigen EU-Kommission

VORGABEN BARROSOS SIND GUTE BASIS FÜR DIE ANHÖRUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat die Vorstellung der Ressortverteilung für die künftige Europäische Kommission durch den gewählten Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso begrüßt. Positiv sei, dass die Kommissare gleichberechtigt im Team arbeiten sollen, dessen Führung aber eindeutig bei Barroso liegen werde, und dass es einen hohen Anteil an kompetenten Frauen in der Kommission geben werde, sagte Pöttering.

„Entscheidend ist aber, dass es zwischen den Kommissaren und innerhalb der Ressorts keine Überschneidungen gibt. Wenn Kommissar Verheugen zum Beispiel für die Industriepolitik und gleichzeitig für Fragen des Binnenmarktes zuständig ist, so muss gesichert werden, dass es keinen staatlichen Interventionismus gibt, sondern der freie Binnenmarkt gewährleistet wird. Dabei sollte dem Mittelstand als der wichtigsten Säule der Europäischen Wirtschaft besondere Beachtung geschenkt werden.“ Zu begrüßen sei auch, dass der Lissabon-



Hans-Gert Pöttering MdEP

Prozess, also die Stärkung der Europäischen Wettbewerbsfähigkeit, von einem Kommissionsmitglied wahrgenommen wird. Dies erfordere eine enge Kooperation mit allen Ressorts, die für Fragen der Wirtschaft sowie der Ausbildung und der Forschung zuständig sind.

In Bezug auf das Außenressort begrüßte

der EVP-ED-Fraktionschef, dass den Nachbarschaftsbeziehungen eine hohe Priorität eingeräumt werden soll. Dabei müsse im Süden dem Verhältnis zu den arabischen und den islamischen Staaten große Bedeutung beigemessen werden. Im Osten sollte die Kommission insbesondere dazu beitragen, die Demokratisierung Weißrusslands anzumahnen und die Beziehungen zu der Ukraine und zu Russland auf der Grundlage fairer Partnerschaft auszubauen. „Die Zuweisung der Themen Verwaltung, Haushaltsentlastung und Betrugsbekämpfung an einen Vizepräsidenten ist dann sehr positiv, wenn dieses Kommissionsmitglied auch seiner umfänglichen Berichtspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament nachkommt“, sagte Pöttering.

Pöttering – der auch das Durchgriffsrecht der Kommissare in die Generaldirektionen und Verantwortlichkeit der Generaldirektoren gegenüber dem jeweiligen Kommissar ausdrücklich forderte – erklärte: „Wir werden jetzt jede einzelne Kandidatin und jeden einzelnen Kandidaten in den Anhörungen im Europäischen Parlament – gerade auch unter

Beachtung der zugewiesenen Ressorts – genau zu überprüfen haben.“

„Die Absicht des neuen Kommissionspräsidenten, mit den anderen Institutionen, insbesondere mit dem Europäischen Parlament, eng zusammenzuarbeiten, ist eine gute Grundlage für den Erfolg,“ so Hans-Gert Pöttering.

Die neue EU-Kommission

Präsident:

- José Manuel Durao Barroso (48), Portugal

Vizepräsidenten:

- Margot Wallström (49), Schweden
Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit
- Günter Verheugen (60), Deutschland
Kommissar für Industrie und Unternehmen
- Siim Kallas (55), Estland
Kommissar für Verwaltung und Betrugsbekämpfung
- Jacques Barrot (67), Frankreich
Kommissar für Verkehr
- Rocco Buttiglione (56), Italien
Kommissar für Justiz, Freizügigkeit und Sicherheit

Kommissare:

- Louis Michel (57), Belgien
Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe
- Mariann Fischer Boel (61), Dänemark
Kommissarin für Landwirtschaft
- Olli Rehn (42), Finnland
Kommissar für Erweiterung
- Stavros Dimas (62), Griechenland
Kommissar für Umwelt
- Peter Mandelson (51), Großbritannien
Kommissar für Handel
- Charlie McCreevy (55), Irland
Kommissar für Binnenmarkt
- Ingrida Udre (45), Lettland

- Dalia Grybauskaitė (48), Litauen

- Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt
- Viviane Reding (53), Luxemburg
Kommissarin für Medien und Informationsgesellschaft
- Joe Borg (52), Malta
Kommissar für Fischerei
- Neelie Kroes (63), Niederlande
Kommissarin für Wettbewerb
- Benita Ferrero-Waldner (55), Österreich,
Kommissarin für Außenbeziehungen
- Danuta Hübner (56), Polen
Kommissarin für Regionalpolitik
- Ján Figel (44), Slowakei
Kommissar für Bildung und Kultur
- Janez Potočnik (46), Slowenien
Kommissar für Wissenschaft und Forschung
- Joaquin Almunia (56), Spanien
Kommissar für Wirtschaft und Währungspolitik
- Vladimír Špidla (53), Tschechien
Kommissar für Arbeit, Soziales und Gleichstellung
- László Kovács (65), Ungarn
Kommissar für Energie
- Markos Kyprianou (44), Zypern
Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Fortsetzung des Dialogs mit der arabischen Welt

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion ist im Rahmen einer politischen Sommerreise zu Gesprächen mit namhaften Vertretern Jemens und Ägyptens zusammengetroffen, um über die demokratische Entwicklung, den gemeinsamen Kampf gegen den Terror, die Menschenrechtssituation und die künftige Zusammenarbeit von Europäischer Union und arabischer Welt zu sprechen. So traf **Pöttering** im Jemen unter anderem mit Staatspräsident **Ali Abdullah Saleh** und Außenminister **Abubaker Alqirbi** unmittelbar vor dessen Abreise in den Sudan zusammen. Der Fraktionsvorsitzende forderte den jemenitischen Außenminister dazu auf, im Sudan darauf hinzuwirken, dass dort die Angriffe auf die christliche Minderheit im Süden des Landes eingestellt werden. In Ägypten standen weitere Gespräche unter anderem mit dem neuen Außenminister Ahmed Aboul Gheit auf dem Programm. Pöttering, der bereits in 15 arabischen Ländern politische Gespräche geführt hat, bezeichnete gute Beziehungen zur arabischen Welt als „lebenswichtig“ für die Europäische Union. Darüber hinaus müsse der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus durch eine größtmögliche Unterstützung dieser Staaten flankiert werden.

Angesichts der jüngsten politischen Repressionen gegen die wachsende

christliche Minderheit in der Volksrepublik China hat **Hans-Gert Pöttering** in einem offiziellen Brief an den chinesischen Botschafter in Brüssel außerdem die sofortige Freilassung inhaftierter Katholiken und Protestanten eingefordert. Die Verhaftung von Christen durch die chinesischen Behörden entspreche nicht der Behauptung Chinas, im Lande herrsche Religions- und Meinungsfreiheit. Nicht zuletzt angesichts der für das Jahr 2008 geplanten Ausrichtung der Olympischen Spiel in Peking müsse die chinesische Regierung in Menschenrechtsfragen noch einen weiten Weg gehen.

■ Pöttering fordert europäischen Sitz im UN-Sicherheitsrat

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um einen italienischen Sitz im UN-Sicherheitsrat hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten appelliert, die Perspektive eines gemeinsamen europäischen Sicherheitsratsitzes nicht aus den Augen zu verlieren. Pöttering unterstrich, dass die Diskussion darüber, welche Formen eine gemeinsame EU-Außenpolitik nach Inkrafttreten des EU-Verfassungsvertrags annehmen könnte, jetzt zu führen sei, zumal mit der Verfassung auch die Schaffung einer europäischen Rechtspersönlichkeit gesichert sei. Dabei seien die bereits be-

stehenden Interessen der ständigen Sicherheitsratsmitglieder Frankreich und Großbritannien angemessen zu berücksichtigen. Zusätzliche Sitze für Italien oder Deutschland bezeichnete Pöttering jedoch als „rückwärts gewandte Politik“, die nicht den Ambitionen einer gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik entspreche. Denn ein gemeinsamer europäischer Sitz im Weltsicherheitsrat erfordere gemeinsames europäisches Handeln und das künftige Gewicht europäischer Interessen in der Welt hänge von der außenpolitischen Geschlossenheit der Europäer ab.

■ **Europäisches Ideennetzwerk tagt in Berlin**

Mehr als 300 Politiker, Akademiker, Journalisten, Wirtschaftsvertreter und Experten werden im Rahmen des offenen Europäischen Ideennetzwerkes (European Ideas Network) über die Weiterentwicklung der Europäischen Union diskutieren. Die Veranstaltung findet dieses Jahr unter dem Dach der 3. Sommeruniversität der EVP-ED-Fraktion in Berlin statt und umfasst erstmals eine europäische Ideenmesse (European Ideas Fair). Als Redner werden bei der

Veranstaltung unter anderem **Angela Merkel, José Maria Aznar, Wolfgang Schäuble, Eduoard Balladur**, der neue EU-Kommissar **Jacques Barrot, Kenneth Clarke**, der amerikanische Botschafter bei der EU, **Rockwell Schnabel, Professor Francis Fukuyama** („Das Ende der Geschichte“) und der Schriftsteller **Bruce Sterling** erwartet. Ziel ist dabei nicht nur der Meinungsaustausch, sondern auch der Entwurf von Zukunftsszenarien für das Europa von morgen.

Die Ideenmesse bietet auch eine Plattform für Thinktanks und Stiftungen der politischen Mitte zur Präsentation ihrer Forschungen zu aktuellen Themen.

Diese beiden Veranstaltungen der EIN finden zu einem besonders interessanten Zeitpunkt in der europäischen Politik statt, kurz nach der Konstituierung des neugewählten Europäischen Parlaments, aber noch vor den Hearings der designierten EU-Kommissare. Die Berliner Veranstaltung der EVP-ED wird damit zur Ausgestaltung der politischen Debatte der Europäischen Union beitragen.

*Knut Gölz, EVP-ED-Pressestelle,
kgoelz@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 0 30-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.